Deutscher Bundestag **Drucksache 16/8848**

16. Wahlperiode 17. 04. 2008

Antwort

der Bundesregierung

auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Dr. Hakki Keskin, Monika Knoche, Dr. Diether Dehm, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE.
– Drucksache 16/8672 –

EU-Nachbarschaftspolitik und die wirtschaftliche und soziale Entwicklung Moldaus

Vorbemerkung der Fragesteller

Seit Erlangung der staatlichen Unabhängigkeit durchläuft die Republik Moldau einen schwierigen Transformationsprozess. Neben transformationstypischen Problemen bestehen vor allem im wirtschaftlichen und sozialen Bereich erhebliche Schwierigkeiten, die durch den ungelösten Transnistrienkonflikt verschärft wurden und die eine ständige Gefahr für die innenpolitische Stabilität darstellen. Die Migration eines großen Teils der insbesondere jüngeren und qualifizierten Erwerbsbevölkerung, Armutsprostitution und Menschenhandel mit Sexsklavinnen gehören zu den dramatischsten Begleiterscheinungen. Die Waffen- und Munitionsdepots in Moldawien wie Transnistrien stellen nicht nur ein permanente Bedrohung der Ökologie, sondern auch eine noch immer nicht erschöpfte Quelle von Waffenhandel dar. Die moldauische Regierung sucht die beschleunigte Annäherung an die EU mit langfristiger Mitgliedsperspektive. Vor diesem Hintergrund gewinnt die EU-Nachbarschaftspolitik mit Moldau an Bedeutung.

1. Wie bewertet die Bundesregierung die Entwicklung der europäisch-moldauischen Beziehungen während der Zeit ihrer EU-Ratspräsidentschaft?

Die Beziehungen zwischen der EU und der Republik Moldau gestalten sich im Rahmen der Europäischen Nachbarschaftspolitik (ENP). Die ENP hat zum Ziel, das wirtschaftlich-soziale Gefälle zu den Nachbarn der erweiterten EU abzubauen, deren Stabilität zu fördern und die Beziehungen mit den Nachbarn zu intensivieren.

In den letzen Jahren haben sich die Beziehungen zwischen der EU und der Republik Moldau deutlich intensiviert. Während der deutschen EU-Ratspräsidentschaft hat sich die Bundesregierung auch erfolgreich für die Vertiefung der ENP insgesamt eingesetzt. Von dieser vertieften ENP profitiert die Republik Moldau. Die unter deutscher EU-Ratspräsidentschaft initiierte EU-Schwarz-

---

Die Antwort wurde namens der Bundesregierung mit Schreiben des Auswärtigen Amts vom 15. April 2008 übermittelt.
Die Drucksache enthält zusätzlich – in kleinerer Schrifttype – den Fragetext.

meersynergie richtet sich auch an die Republik Moldau und fördert die Annäherung an die EU sowie regionale Kooperation. Sichtbare Zeichen der Entwicklung der europäisch-moldauischen Beziehungen während der deutschen EU-Ratspräsidentschaft waren außerdem die Eröffnung einer gemeinsamen Visaantragsstelle in Chisinau am 25. April 2007 und der Verhandlungsabschluss und die Paraphierung des Visaerleichterungs- und des Rückübernahmeabkommens, welche zum 1. Januar 2008 in Kraft getreten sind. Des Weiteren fand während der deutschen EU-Ratspräsidentschaft erstmals ein Troika-Treffen der Politischen Direktoren statt.

2. Wie positioniert sich die Bundesregierung zum Wunsch Moldaus nach einer langfristigen Beitrittsperspektive für die EU?

Die Republik Moldau hat im Rahmen der Europäischen Nachbarschaftspolitik gute Fortschritte erzielt und den deutlichen politischen Willen gezeigt, weiter voranzukommen. Dies hat zuletzt der Fortschrittsbericht der Europäischen Kommission vom 3. April 2008 unterstrichen. Der Rat für Allgemeine Angelegenheiten und Außenbeziehungen hat im Februar 2008 festgestellt, dass die EU bereit ist, auf der Grundlage dieser anhaltenden Fortschritte Überlegungen über ein neues Abkommen anzustellen, das über das vorhandene Partnerschafts- und Kooperationsabkommen hinausgehen würde. Neben der Ukraine könnte die Republik Moldau damit ein Beispiel für eine besonders enge Annäherung an die EU im Rahmen der Europäischen Nachbarschaftspolitik werden. Die Bundesregierung strebt, in Abhängigkeit von Reformfortschritten in der Republik Moldau, eine tief greifende und möglichst enge Kooperation der Europäischen Union mit der Republik Moldau an.

3. Worin bestehen die inhaltlichen Schwerpunkte und Zielsetzungen des laufenden Partnerschafts- und Kooperationsabkommens (PKA) zwischen der EU und Moldau, und wie beurteilt die Bundesregierung den bislang erreichten Stand der Umsetzung?

Das PKA bildet die Grundlage der Beziehungen zwischen der EU und der Republik Moldau. Es enthält Vereinbarungen zum politischen Dialog, zu Handelserleichterungen und wirtschaftlicher Zusammenarbeit sowie zur Zusammenarbeit bei der Bekämpfung grenzüberschreitender Kriminalität. Besondere Schwerpunkte und Ziele liegen aus Sicht der EU in folgenden Bereichen: Politische Stabilität, Unterstützung bei der Lösung der Transnistrienfrage, Reform der Verwaltung und Justiz, Verbesserung des Investitionsklimas sowie engere Zusammenarbeit in der Justiz- und Innenpolitik.

Zur konkreten Umsetzung des PKA wurde gemeinsam mit der Republik Moldau ein Aktionsplan erarbeitet, der am 22. Februar 2005 vom Kooperationsrat EU-Moldau verabschiedet wurde. Dieser zeigt die strategischen Ziele auf, die innerhalb von drei Jahren erreicht werden sollten, um die Republik Moldau weiter an die europäischen Wirtschafts- und Sozialstrukturen heranzuführen. Trotz der genannten Fortschritte bei der Umsetzung des ENP-Aktionsplanes bedarf es weiterer Reformanstrengungen insbesondere in den Bereichen Investitionsklima, Medienfreiheit und Korruptionsbekämpfung sowie bei der Reform des Justizwesens. Der Aktionsplan wurde deshalb im Februar dieses Jahres um ein Jahr verlängert. Die Einschätzung der Bundesregierung zu den erzielten Fortschritten stimmt in großen Teilen mit der in dem genannten Fortschrittsbericht vom 3. April 2008 vorgenommenen Einschätzung der EU-Kommission überein. Im Übrigen wird auf die Antwort zu Frage 2 verwiesen.

4. Welche konkreten Initiativen wurden während der deutschen EU-Ratspräsidentschaft zur Intensivierung der EU-Nachbarschaftspolitik mit Moldau ergriffen, und welche weiteren diesbezüglichen Initiativen beabsichtigt die Bundesregierung auf EU-Ebene vorzuschlagen?

Die Bundesregierung setzt sich für eine weitere Intensivierung der Europäischen Nachbarschaftspolitik ein. Die Umsetzung der Schwarzmeersynergie-Initiative, von welcher die Republik Moldau profitiert, wird von der Bundesregierung vorangetrieben. Dies wurde auch bei dem Treffen der Außenminister der EU-Mitgliedstaaten und der Länder der Schwarzmeerregion am 14. Februar 2008 in Kiew in Anwesenheit des Bundesministers des Auswärtigen, Dr. Frank-Walter Steinmeier, verdeutlicht. Im Übrigen wird auf die Antwort zu Frage 1 verwiesen.

5. Wie positioniert sich die Bundesregierung zum konkreten Wunsch der moldauischen Regierung, das PKA zu einem weitergehenden Assoziierungsstatus auszubauen?

Auf die Antwort zu Frage 2 wird verwiesen.

6. Wie haben sich nach Einschätzung der Bundesregierung seit Inkrafttreten des PKA die Wirtschaftsbeziehungen zwischen der EU und Moldau entwickelt?

Die Wirtschaftsbeziehungen zwischen der EU und der Republik Moldau haben sich seit Inkrafttreten des PKA im Jahr 1998 positiv entwickelt. So haben sich die Exporte der Republik Moldau in die EU seit Inkrafttreten des PKA von ca. 145 Mio. Euro in 1998 auf über 500 Mio. Euro in 2007 mehr als verdreifacht. Die Einfuhren aus der EU in die Republik Moldau haben sich von ca. 435 Mio. Euro 1998 auf fast 1 250 Mio. Euro mehr als verdoppelt. Bei der Bewertung sind jedoch die Erweiterungen der EU (EU-25 ab 2004; EU-27 ab 2007) zu berücksichtigen.

Nach der Gewährung autonomer Handelspräferenzen der EU gegenüber der Republik Moldau im März 2008 ist mit einer weiteren Belebung des Handels und der Wirtschaftsbeziehungen zu rechnen.

7. Wie haben sich im selben Zeitraum die bilateralen Wirtschaftsbeziehungen Moldaus zur Bundesrepublik entwickelt?

Deutschland ist einer der wichtigsten westlichen Handelspartner der Republik Moldau. Deutschland gehört mit steigender Handelsaktivität neben Russland, der Ukraine, Rumänien, Belarus und Italien zu den sechs wichtigsten Handelspartnern der Republik Moldau. Der Wert moldauischer Exporte nach Deutschland betrug im Jahr 2007 Euro 145,5 Mio. Die deutschen Exporte in die Republik Moldau stiegen von 152 Mio. Euro im Jahr 2001 auf 271 Mio. Euro im Jahr 2007. Deutsche Importe aus der Republik Moldau verdoppelten sich von 72 Mio. Euro im Jahr 2001 auf 145 Mio. Euro im vergangenen Jahr.

Moldauische Hoffnungen auf eine Intensivierung der wirtschaftlichen Beziehungen durch Bildung einer größeren Zahl von Joint Ventures haben sich aufgrund einer nicht immer investorenfreundlichen Politik bisher nur ansatzweise erfüllt.

8. Welche EU-Finanzhilfen werden der Republik Moldau zur sozialen Entwicklungsförderung gewährt, und wie bilanziert die Bundesregierung deren Ergebnisse (bitte nach Einzelmaßnahme und Verwendungszweck aufschlüsseln)?

Im Jahresaktionsprogramm 2007 wurden 21 Mio. Euro für die Unterstützung der Reform des moldauischen Sozialversicherungssektors bereitgestellt. Derzeit erarbeitet die Europäische Kommission mit dem Partnerland Voraussetzungen und Ziele dieses Programms. Ergebnisse liegen bisher nicht vor.

9. In welchem Umfang wurden die von der Bundesregierung im Rahmen des Stabilitätspakts für Südosteuropa eingesetzten Fördermittel für die Schaffung von Arbeits- und Ausbildungsplätzen, für die soziale Infrastruktur, Bildung und Frauenförderung eingesetzt?

Die Bundesregierung hat im Rahmen der für den Stabilitätspakt Süd-Ost-Europa eingeplanten Gelder seit 2004 Mittel in Höhe von ca. 225 000 Euro zur Schaffung von Ausbildungsplätzen, für die soziale Infrastruktur, Bildung und Frauenförderung bereitgestellt.

10. In welchem Umfang unterstützt die Bundesregierung zivilgesellschaftliche Projekte (bitte einzeln aufführen), die der Bekämpfung und Prävention von Zwangsprostitution und Sklavenhandel mit moldauischen Frauen und Mädchen dienen und rückkehrenden Prostituierten in Moldau die Reintegration in die Gesellschaft ermöglichen?

Die Bundesregierung unterstützt folgende zivilgesellschaftliche Projekte, die der Stärkung der Situation der Frauen und von Frauenrechten in der Republik Moldau dienen (seit 2004).

Projekte:

Jahr	Projekttitel	Zuwendung in Euro
2008	Fortführung Stärkung Frauenrechte, Schutzprogramme (häusliche Gewalt, Zwangsprostitution), Sozial-/Familien-/Gesundheitsberatung, Förderung Partizipationsmöglichkeiten und Kompetenzen NRO	Geplant, noch keine Mittel reserviert
2007	Projekt Stärkung Frauen-NRO und Frauenrechte EU-Nachbarschaftsländer Ukraine, Moldau, Polen für Schulungen Ukraine, Republik Moldau, Polen	27 400 (Moldau 6 000)
2006	Sensibilisierung Frauenrechtslage in den EU-Nachbarschaftsländern	73 000 (Moldau 5 000)
2005	WOCTIS Informationsgesellschaft und Beteiligung Frauen-NRO aus dem Osten	10 000 (Moldau 2 500)
2005	Beteiligung von zwei Frauenrechts-NRO aus der Republik Moldau an den regionalen Vorbereitungen und dem Follow-up zu Peking+10	1 000
2004	Globalisierung Gerecht Gestalten (Europäische Konferenz in Bonn) Republik Moldau zur Frauenrechtslage – Frauenhandel – soziale Integration in der Republik Moldau Reisekosten/Beitrag Publikation	2 500
	Gesamt:	113 900 (Moldau 17 000)

11. In welchem Umfang – materiell und durch Projekte – beteiligt sich die Bundesregierung im Rahmen der Mitgliedschaften in EU und OSZE (Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa) am Kampf gegen transnationalen Menschenhandel, insbesondere Frauenhandel, der durch und von Moldau aus in die Balkanländer und auch nach Deutschland führt?

Die OSZE-Mission in der Republik Moldau legt einen Schwerpunkt ihrer Arbeit auf die Bekämpfung von Frauen- und Mädchenhandel. Im Rahmen ihrer gesamtbudgetären Zuwendung unterstützt die Bundesrepublik Deutschland die thematische Ausrichtung der Mission ausdrücklich und hat dies unter der deutschen EU-Ratspräsidentschaft sowie während der OSZE-Haushaltsverhandlungen in entsprechenden Erklärungen auch nach außen hin deutlich gemacht. Deutschland unterstützt die Arbeit der OSZE-Mission in der Republik Moldau auch durch die Entsendung des stellvertretenden Missionsleiters.

Die EU hat in ihrem Aktionsplan für die Republik Moldau die Bekämpfung des Menschenhandels, insbesondere des Frauenhandels, und die Bekämpfung der sexuellen Ausbeutung von Frauen und Kindern und der Kinderpornographie als eines der wichtigsten Ziele festgeschrieben. Die Bundesrepublik Deutschland unterstützt diese im Aktionsplan festgehaltenen Ziele im Rahmen der budgetären Zuwendungen an die EU.

12. Beabsichtigt die Bundesregierung den bilateralen, kulturellen und tourismuspolitischen Austausch mit Moldau zu intensivieren, und falls ja, welche konkreten Initiativen und Projekte wird sie hierfür in den nächsten Jahren vorschlagen?

Für das Jahr 2008 sind im Zusammenwirken mit dem Institut für Auslandsbeziehungen ein interkulturelles und interethnisches Jugendbildungs- und Begegnungszentrum (IBZ Moldau) und ein Haus für kommunale Kultur in Chisinau geplant.

Im Bereich der Journalistenfortbildung sind aus Mitteln des Stabilitätspakts für Süd-Ost-Europa im Jahr 2008 Fortbildungsprogramme für Journalisten aus der Republik Moldau geplant.

Die deutsche und französische Botschaft in der Republik Moldau planen gemeinsam deutsch-französische Kulturwochen in Chisinau. Auf Einladung des Auswärtigen Amts wird Herr Petru Vutcarau, Direktor und Schauspieler im „Eugene Ionesco“ Theater Chisinau, nach Deutschland zur Themenreise „Theatertreffen“ eingeladen.

13. Wie beurteilt die Bundesregierung die aktuelle Lage im Transnistrienkonflikt?

Die Gespräche im Format 5 plus 2 (OSZE, Russland, Ukraine, EU, USA sowie die zwei Konfliktparteien) sind seit April 2006 ausgesetzt. Es kam allerdings im Herbst 2007 zu einem „informellen“ Treffen in diesem Format in Odessa. Am 11. April 2008 kam es erstmals seit 2001 zu einem direkten Gespräch zwischen dem moldauischen Präsidenten, Vladimir Voronin, und der transnistrischen Führung unter Igor Smirnov. Beide Seiten vereinbarten, die Gespräche in Kürze fortzuführen und Arbeitsgruppen über vertrauensbildende Maßnahmen einzurichten.

14. Welche Position bezieht die Bundesregierung hinsichtlich der territorialen Integrität Moldaus und den Unabhängigkeitsbestrebungen in Transnistrien?

Die Bundesregierung tritt ohne Vorbehalt für die territoriale Integrität und Souveränität der Republik Moldau ein.

15. In welcher Weise sind die EU und die deutsche Bundesregierung an der Lösungssuche im Transnistrienkonflikt beteiligt, und welche Folgen hat die einseitige Unabhängigkeitserklärung des Kosovos für bisherige Lösungsansätze?

Die Europäische Union ist an der Lösungssuche für den Transnistrienkonflikt als Beobachter im Rahmen der 5 plus 2 Gespräche beteiligt. Das Format 5 plus 2 umfasst die beiden Konfliktparteien, als Vermittler die OSZE, Russland und die Ukraine sowie als Beobachter die EU und die USA. Ferner hat die EU im März 2005 einen Sonderbeauftragen für die Republik Moldau ernannt. Der Sonderbeauftragte beobachtet den Prozess um die Konfliktlösung kontinuierlich, steht in ständigem Kontakt mit den Konfliktparteien und Vermittlern und unterrichtet regelmäßig das Politische und Sicherheitspolitische Komitee des Rates über seine Bemühungen.

Die Bundesregierung tritt für eine friedliche Lösung des Konflikts ein, sowohl im Rahmen der EU und der OSZE als auch in ihren bilateralen außenpolitischen Kontakten.

Die Unabhängigkeitserklärung des Kosovo hat bisher keine erkennbaren Folgen für die Bemühungen um eine Konfliktlösung gehabt.

16. Welche Schlussfolgerungen zieht die Bundesregierung aus den Ergebnissen von bisherigen Initiativen der moldauischen Führung, den Transnistrienkonflikt beizulegen, und welche Gründe waren nach Meinung der Bundesregierung für diese Ergebnisse ausschlaggebend?

Auf die Antwort zu Frage 13 wird verwiesen.

17. Welche Schlussfolgerungen zieht die Bundesregierung aus der innenpolitischen Entwicklung in der „Autonomen territorialen Einheit Gagausien“ (UTA Găgăuzia) seit Beendigung des Konflikts und dem aktuellen Verhältnis der UTA Găgăuzia zur moldauischen Zentralregierung?

Nach Erkenntnissen der Bundesregierung verläuft die Zusammenarbeit zwischen der Regierung in Gagausien und der Zentralregierung grundsätzlich in dem von der moldauischen Verfassung vorgegebenen Rahmen. Seit der Wahl des gagausischen Gouverneurs, Mihail Formusal, gegen einen Kandidaten der KP hat sich das Verhältnis zur KP-geführten moldauischen Regierung jedoch eingetrübt.

18. Wie haben sich nach Einschätzung der Bundesregierung in den letzten Jahren die Beziehungen Moldaus zu folgenden Staaten entwickelt:

    a) Rumänien

    b) Russische Föderation

    c) Ukraine?

Rumänien

Das Verhältnis zwischen Rumänien und der Republik Moldau war bis zu Beginn des Jahres nicht frei von Konflikten (Sprachenstreit, Ausweisung rumänischer Diplomaten aus der Republik Moldau im Jahr 2007; Statusfrage der Bessarabischen Kirche in der Republik Moldau).

Russland

Die Beziehungen zu Russland bewegen sich in einem positiven Trend. Nach der größtenteils erfolgten Aufhebung des Exportembargos durch Russland Ende 2007 exportiert Moldau seit November 2007 wieder alkoholische Produkte nach Russland.

Ukraine

Die Beziehungen zur Ukraine sind entspannt. Die Ukraine und die Republik Moldau arbeiten eng im Rahmen der EUBAM bei der Kontrolle des zwischen Transnistrien und der Ukraine gelegenen Grenzabschnitts der Republik Moldau zusammen.

19. Welche Schlussfolgerungen zieht die Bundesregierung aus der Mitarbeit Moldaus in der „GUAM“-Gruppe (Georgien, Ukraine, Aserbaidschan, Moldau) für die Beziehungen zur EU und zu Russland?

Die Bundesregierung hat keine Anzeichen dafür, dass die Mitarbeit der Republik Moldau in der GUAM Gruppe Auswirkungen auf die Beziehungen zu RUS oder der EU gehabt hat.

20. Welche Schlussfolgerungen zieht die Bundesregierung aus der Arbeit der OSZE-Mission in Moldau, insbesondere hinsichtlich ihrer Aufgaben, die Nationalitätenkonflikte politisch lösen zu helfen?

Die OSZE-Mission in Moldau ist, gemeinsam mit dem jeweiligen OSZE-Vorsitz, die treibende Kraft im so genannten 5 plus 2-Prozess, die die Verhandlungen vorbereitet und organisiert. Im Herbst 2007 fand in Odessa auf Initiative des damaligen Leiters der OSZE-Mission ein Seminar zu Vertrauensbildenden Maßnahmen statt, in dessen Rahmen es zu einem informellen Treffen der Konfliktseiten in Anwesenheit der Vermittler und Beobachter kam. Eine Folgeveranstaltung ist für Mai 2008 geplant.

21. Über welche Kenntnisse verfügt die Bundesregierung hinsichtlich der OSZE-Mission, den Abbau der Rüstungsdepots zu kontrollieren und zu begleiten, und inwieweit konnten Altbestände an Rüstung und Munition und der ungesicherte hochtoxische Raketentreibstoff entsorgt werden?

Nach OSZE-Angaben hat die OSZE-Mission in Moldau auf der Grundlage ihres im Jahre 1999 entsprechend erweiterten Mandats seit dem Jahr 2000 den Abtransport von militärischen Ausrüstungsgegenständen, Waffen und Munition der russischen Streitkräfte aus der transnistrischen Region bei mehreren Gelegenheiten beobachten und verifizieren können. Auch die Zerstörung von Kampfpanzern und anderer schwerer Waffen vor Ort konnte die OSZE-Mission verifizieren. Seit März 2004 ist nach Angaben der OSZE kein weiterer Abzug von Waffen und Munition aus der Region erfolgt. Damit befinden sich noch ca. 20 000 Tonnen Munition sowie weitere militärische Ausrüstungen der russischen Streitkräfte in der Republik Moldau. In der Republik Moldau führt die OSZE seit 2007 ein Projekt zur Beseitigung überschüssiger Munition durch, in dessen Rahmen bislang ca. 300 Tonnen Munition zerstört werden konnten. Bereits im Jahr 2002 wurden im Rahmen eines Projektes der NATO-Maintenance and Supply Agency (NAMSA) neben Antipersonenminen und Munition auch 325 Tonnen des Raketentreibstoffs Melange in der Republik Moldau vernichtet.

22. Hat die Bundesregierung Kenntnis, in welcher Größenordnung derzeit Truppenkontingente fremder Staaten auf dem Territorium Moldaus stationiert sind (bitte nach Truppenstärke und Herkunftsland auflisten)?

Auf dem Territorium des Landesteils Transnistriens ist eine Friedenstruppe mit 1 200 Mann stationiert. Diese setzt sich zu je einem Drittel aus Einheiten Russlands, Transnistriens und der Republik Moldau zusammen. Daneben hat Russland 600 bis 800 Offiziere und Soldaten zur Bewachung der Restmunitionsbestände in Transnistrien stationiert. Zusätzlich zu diesen Friedenstruppen befinden sich noch 40 Militärbeobachter, jeweils zehn aus Russland, Transnistrien, der Republik Moldau und der Ukraine in Transnistrien.

23. Auf welcher Grundlage und in welchem Umfang erfolgt eine militärische und wehrtechnische Zusammenarbeit der Bundeswehr mit den Streitkräften Moldaus, und welche konkreten Maßnahmen und Projekte sind hieraus bereits entstanden bzw. in den nächsten Jahren geplant?

Seit 1996 bildet die Bundeswehr Angehörige der moldauischen Streitkräfte in Deutschland aus und führt mit den moldauischen Streitkräften Fach- und Expertengespräche in Deutschland oder in der Republik Moldau durch. Für 2008 sind u. a. Seminare und Gespräche in den Bereichen Innere Führung, Personalwesen, Streitkräfteplanung, Ausbildung und Gefahrgutbeförderung geplant. 2003 wurde eine Vereinbarung zur Zusammenarbeit im militärischen Bereich unterzeichnet.

Zur Republik Moldau bestehen keine Rüstungsbeziehungen. Im Jahr 2007 wurde Sanitätsmaterial abgegeben, an dem 2008 die moldauischen Streitkräfte durch die Bundeswehr ausgebildet werden sollen.

Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Amsterdamer Str. 192, 50735 Köln, Telefon (02 21) 97 66 83 40, Telefax (02 21) 97 66 83 44
ISSN 0722-8333